

Wie in den vergangenen Jahren auch begannen die Tarifverhandlungen Ende Februar auf regionaler Ebene, um dann nach Abschluss der wirtschaftspolitischen Gespräche, die den Spezifika in den einzelnen Bundesländern Rechnung getragen haben, in die Bundestarifverhandlungsrunde Anfang April zu münden. Sowohl das politische als auch das Tarifumfeld stellten Hypothesen für die Tarifgespräche dar. Über Monate hinweg mischte sich die Politik immer wieder massiv in die Tarifautonomie ein - schlagwortartig sei der „notwendige starke Schluck aus der Pulle“ genannt. Stahl und Öffentlicher Dienst lagen mit ihren Abschlüssen über 5 %. Auch die Medienberichterstattung wirkte sich in Bezug auf den Erwartungshorizont der Gewerkschafts- und Arbeitnehmerseite negativ aus, da man nur die addierten Erhöhungsprozente kundtat, ohne auf Stufen oder Laufzeiten im Detail hinzuweisen. Und last but not least waren die erreichten Wirtschaftsdaten des Jahres 2007 für die Branche im Schnitt erfreulich. Tarifabschlüsse wirken aber immer in die Zukunft, sodass die Wirtschaftsprognosen für die Inhalte von Tarifverträgen maßgebend sein müssen, wobei allerdings die nachhaltig wirkende Immobilien- und Kreditkrise in den USA, die weltweit immer noch Auswirkungen hat, solange die maroden Kredite und Anlagen nicht auf Null abgeschrieben sind, vom Verhandlungspartner in den einzelnen Runden bagatellisiert wurde. Die Tarifgespräche der chemischen Industrie fanden also in einem sehr schwierigen Umfeld statt. Bei dem Thema „Lebensarbeitszeit“ wurde prognostiziert, dass im Bereich Metall äußerst schwierige Verhandlungen bevorstünden, da die IG Metall auf der Fortsetzung des Altersteilzeitarifvertrages mit Anspruch des einzelnen Arbeitnehmers in ihrem Bereich beharren würde - zwischenzeitlich hat sich diese Prognose bewahrheitet, es finden in diesen Tagen massive Warnstreiks in der Metallindustrie statt. Die chemische Industrie wollte im Hinblick auf diese Vorschau auf dem Sektor „Lebensarbeitszeit und Demografie“ Eigenständiges kreieren - dies ist auch gelungen. Beim Entgelt wurde erneut eine Splitting-Lösung erreicht - die Entgeltsätze werden für 13 Monate um 4,4 % erhöht, danach nochmals um 3,3 % für einen Zeitraum von 12 Monaten. Dazu kommt eine Einmalzahlung in Höhe von 0,5 % für die ersten 13 Monate der Gesamtlaufzeit. Die lange Laufzeit von insgesamt 25 Monaten schafft für die Betriebe Kalkulationssicherheit. Verlängert wurde der Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“, der erstmals im Jahr 2003 abgeschlossen und seither immer wieder fortgeschrieben wurde. Dieser Tarifvertrag kann zu Recht als Erfolgsstory eingestuft werden, da sowohl auf Bundes- als auch auf bayerischer Ebene die in den Tarifverträgen festgezurten Zahlen in Bezug auf die Steigerung der angebotenen Azubi-Plätze permanent übertroffen wurden. So ist es zum Beispiel gelungen, statt der im Tarifvertrag festgesetzten Steigerungsquote von 1,7 % im Jahr 2007 ein Plus von 8,4 % zu erreichen. Für die Jahre 2009 und 2010 hat die chemische Industrie eine Steigerung um insgesamt 16.800 Ausbildungsplätze zugesagt. Und auch nach 2010 wird die Branche wegen ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung weiter gestaltend tätig sein. Der dritte maßgebliche Komplex des Tarifpakets 2008 ist der Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie“, der mit der Chemieformel den Herausforderungen der alternden Gesellschaft Rechnung trägt und durch verschiedene Module den Betrieben und Beschäftigten Möglichkeiten zur Gestaltung gibt. Die Arbeitgeber gewähren ab 01.01.2010 pro Jahr und Tarifbeschäftigtem einen Demografiebetrag von 300,— €. Der so geschaffene betriebliche Demografiefonds finanziert dann die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten wie Langzeitkonten, Altersteilzeit, Teilrente, Berufsunfähigkeitsschutz oder Altersvorsorge.

Bekanntlich wird die deutsche Bevölkerung immer älter und immer weniger. Vor der Arbeitswelt stoppt dieser demografische Wandel naturgemäß nicht. In Deutschland werden in den kommenden Jahrzehnten insgesamt weniger Erwerbspersonen zur Verfügung stehen. In der Personalpolitik muss deswegen heute an morgen gedacht werden. Handlungsfelder sind dabei Ausbildung, Qualifizierung, Gesundheit, Arbeitsumfeld und Altersaustrittsmodelle. Erforderlich ist, dass man sich dieser demografischen Veränderungen bewusst ist oder wird und dann auch reagiert. Nötig ist eine nachhaltige und damit demografiebewusste Personalpolitik. Die Chemie-Sozialpartner haben mit dem neuen Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie“, der wesentlicher Bestandteil des Tarifpakets 2008 ist, dem soeben beschriebenen Reaktionszwang Rechnung getragen. Mit der Chemieformel stellt man sich der Problematik einer alternden Gesellschaft. Durch den Tarifvertrag sollen auch Anreize für eine längere Beschäftigung gegeben werden. Elemente dieser neuen Chemieformel sind die betriebliche Demografie-Analyse, Maßnahmen zur alters- und gesundheitsgerechten Gestaltung des Arbeitsprozesses mit dem Ziel der Verbesserung der Beschäftigungs- und Leistungsfähigkeit, Qualifizierungsinstrumente während des gesamten Erwerbslebens sowie Vorgaben für Eigenvorsorge und Nutzung flexibler Instrumente für gleitende Übergänge zwischen Bildungs-, Erwerbs- und Ruhestandsphase. Die Arbeitgeber leisten ihren finanziellen Beitrag dadurch, dass ab 01.01.2010 pro Jahr und pro Beschäftigtem 300,— € in einen betrieblichen Demografiefonds fließen. Die Betriebsparteien können durch freiwillige Betriebsvereinbarung entscheiden, welche Elemente der Chemieformel finanziert werden. Folgende Module stehen zur Wahl: Langzeitkonten, Altersteilzeit, Teilrente, Berufsunfähigkeitsschutz und tarifliche Altersvorsorge. Die einzelnen Module sind untereinander kombinierbar. Dabei sind Teilrente und Berufsunfähigkeitsschutz neuartige Instrumente für einen Tarifvertrag. Bei der Teilrente will man vorsorgen, um dieses Instrumentarium zur Verfügung zu haben, falls der Gesetzgeber die bislang existenten engen finanziellen Beschränkungen lockert. Die Möglichkeit, in einer Branche Versicherungsschutz für Berufsunfähigkeit gewähren zu können, ist eine absolute Novität. Das Risiko, unfall- oder krankheitsbedingt nicht mehr arbeiten zu können, ist nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Arbeitnehmer anzusiedeln, wobei psychisch bedingte Erkrankungen zwischenzeitlich die höchsten Zuwächse aufweisen. Der Berufsunfähigkeitsschutz Chemie wird von der finanziellen Ausgestaltung her eine attraktive Möglichkeit für die Firmen sein. Die oben genannte freiwillige Betriebsvereinbarung bezieht sich aber nur auf die Gestaltung im Rahmen der vorgegebenen Instrumente. Gelingt auf betrieblicher Ebene keine Einigung, greift eine Auffangregelung, die je nach Beschäftigtenzahl entweder zur tariflichen Altersvorsorge oder zur Installation eines Langzeitkontos verpflichtet. Der Tarifvertragsabschluss in der Branche Mitte April hat das Claim der Handlungsfelder eröffnet - nun gilt es, die endgültigen Weichenstellungen vorzunehmen und in einem permanenten Prozess die Gestaltung zu begleiten. Die chemische Industrie hat durch ihren Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“ gezeigt, dass sie das Thema „Demografie“ als Problemlösung von der Ausbildung bis zum Ausscheiden aus dem Erwerbsleben sieht. Das Neue soll seine Chance und das Alte seine Anerkennung bekommen. Dies ist zum Nutzen der Firmen und der Beschäftigten.

2007 war das dritte Jahr in Folge, das sowohl in Bayern als auch in der gesamten Bundesrepublik für die chemische Industrie wirtschaftlich positiv verlief. Ein direkter Zahlenvergleich mit den Vorjahren ist allerdings aufgrund geänderter Abgrenzungen in der statistischen Erfassung nur beschränkt möglich. Man will deregulieren - deswegen erfolgen die Erhebungen bei Betrieben ab 20 Beschäftigten nur noch stichpunktartig und jährlich, die sonstigen Erhebungen erst ab 50 Beschäftigte. Die chemische Industrie Bayerns beschäftigte 2007 zum Stichtag 30.09.2007 61.150 Mitarbeiter (+ 1,1 %). Der Umsatz stieg um 10 % auf 16,3 Mrd. € - dies entspricht am Bundesumsatz einem Anteil von 9,4 % und am bayerischen Gesamtindustriumsatz rund 5 %. Im Ausland wurden 8,3 Mrd. € Erlöst (+ 7 %), 8 Mrd. € im Inland (13,3 %). Der Produktionsindex stieg um 6,5 % auf nunmehr 125,7 Punkte (Basisjahr 2000 = 100 Punkte). Die deutsche chemische Industrie beschäftigte 2007 erstmals wieder etwas mehr Mitarbeiter als in den Vorjahren - mit rund 440.700 Beschäftigten ist gegenüber 2007 ein Plus von 0,3 % zu verzeichnen. Dank der guten Mengenkonjunktur und positiver Preisentwicklungen stieg der Umsatz der chemischen Industrie auch deutschlandweit im Jahr 2007, und zwar um 7,1 % auf 173,6 Mrd. €. Im Ausland erreichte man dank der guten Konjunktur in fast allen Abnehmerbranchen eine Steigerung von 8 % auf rund 95 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr, im Inland stieg der Umsatz mit 79 Mrd. € um rund 6,2 %. Der Produktionsindex erhöhte sich um 5 % auf 120,1 Punkte. Mit einem Außenhandelsüberschuss von rund 35,6 Mrd. € trug die Chemieindustrie wieder kräftig zur positiven nationalen Außenhandelsbilanz bei. Bei den Chemiesparten zeigte sich in Bayern im Jahresverlauf eine differenzierte Entwicklung. Die umsatzstärkste Sparte, die Herstellung von Kunststoffen in Primärformen, legte nach der neuen Abgrenzung der Statistik beim Umsatz um rund 9 % auf fast 4,1 Mrd. € zu - dabei beträgt der Inlandsanteil 1,7 Mrd. € (+ 13 %), im Ausland setzte man 2,4 Mrd. € um (+ 7,2 %). Die zweitstärkste Sparte in Bayern, die Herstellung von Arzneimitteln, stabilisierte sich bei 3,1 Mrd. € (+ 1 %) bei einem traditionell niedrigen Auslandsanteil von 0,7 Mrd. € (+ 5 %). Sie musste damit weiter der nationalen Gesundheitspolitik Tribut zollen, die die durch gesetzliche Kassen erstatteten Arzneimittel seit Jahren mit immer neuen zusätzlichen Kostensenkungsprogrammen belastet. Es folgen organische Grundstoffe mit einem überproportional hohen Wachstum auf 1,3 Mrd. € Jahresumsatz (+ 57,3 %) sowie Duftstoffe und Körperpflegemittel mit knapp 1,1 Mrd. € Umsatz (+11,4 %). Letztere überholten damit die Herstellung von Chemiefasern, eine Branche, die in Bayern schon lange einen nationalen Produktionsschwerpunkt hat. Der Aufwärtstrend aus 2006 konnte hier nicht gehalten werden, der Umsatz sank um rd. 2,5 % auf nunmehr gut 1 Mrd. €, der Exportanteil sank auf 63 % (0,65 Mrd. €). In den ersten fünf Monaten des Jahres 2008 setzte sich die allgemeine positive Entwicklung in der chemischen Industrie weiter fort. Nach VCI-Statistiken wurde die Produktion kräftig ausgeweitet, nach einer kleinen Delle im März, die wohl mit den frühen Osterferien zu begründen ist. Auch das Auslandsgeschäft entwickelte sich sehr positiv. Es zeigten sich kaum Bremsspuren des starken Euro, da die Auslandsmärkte weiter dynamisch wuchsen. Die strukturellen Anpassungen an eine sich weiter globalisierende Weltwirtschaft haben aber in der Vergangenheit der Branche und ihren Mitarbeitern schon erhebliche Flexibilität abverlangt. Die exorbitant hohen Rohstoff- und Energiepreise drohen weiter zu steigen - ein Damoklesschwert über der Zukunft.

Während die chemische Industrie gerade damit begonnen hat, die umfangreiche REACH-Verordnung umzusetzen und es noch vielfältige Anlaufschwierigkeiten, z.B. bei der Agentur in Helsinki mit der Vorregistrierung gibt, setzt die EU, insbesondere die Generaldirektion Umwelt weiter auf regulatorische Alleingänge. Sie wird damit dem Ruf der EU-Kommission in Brüssel gerecht, alles regeln und akribisch in Normen festschreiben zu wollen, alleine die Kommission Prodi hatte in fünf Jahren Amtszeit rund 250 Gesetzesvorschläge zum Umwelt- und Verbraucherschutz vorgelegt, die überwiegend Auswirkungen auf die europäische chemische Industrie haben. Sie muss sich mit höheren Produktionskosten und internationalen Wettbewerbsnachteilen auseinandersetzen. Zu den aktuellen Gesetzesvorhaben zählen u.a. die Regelungen in der Energie- und Klimapolitik, der Umweltpolitik und bei der Produktsicherheit. Um den Anteil an Erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20 % auszubauen, hat die EU-Kommission einen neuen Vorschlag präsentiert, ferner Vorstellungen zur Überarbeitung der EU-Emissionshandelsrichtlinie. In der jetzigen Fassung, so hat der VCI berechnet, würde diese Richtlinie die deutsche Chemieindustrie ab 2013 jährlich über 1 Mrd. € und ab 2020 2 Mrd. € zusätzlich kosten. Das Ziel, chemische Stoffe nach weltweit einheitlichen Gefahrenmerkmalen einzustufen und zu kennzeichnen, unterstützt die chemische Industrie als weltweit agierende Branche. Voraussetzung ist allerdings wirklich eine weltweite Harmonisierung und kein kostspieliger europäischer Sonderweg. Deshalb ist der Vorschlag der EU-Kommission für die Einführung eines Globally Harmonized Systems (GHS) erheblich verbesserungsbedürftig. Mit dem sogenannten CAFE-Programm kommen neue Feinstaubgrößen (PM<sub>2,5</sub>) und massive Emissionsminderungsziele, so bei SO<sub>2</sub> um 82 %, NO<sub>x</sub> um 16 %, VOC um 51 %, Ammoniak um 27 % und primäre PM<sub>2,5</sub> um 59 %. Das Europaparlament befasst sich derzeit mit der Richtlinie „Industrieemissionen“ (Neufassung IVU-Richtlinie). Vorgesehen ist, Grenzwerte aus Einzelrichtlinien festzuschreiben und zum Teil zu verschärfen, die beste verfügbare Technik verbindlich zu machen und in einer separaten Regelung für die Einführung eines Emissionshandels für NO<sub>x</sub> und SO<sub>2</sub> zu sorgen. Beim schon viele Jahre diskutierten Thema Umwelt- und Gesundheitsschutz (SCALE) hat sich der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments Ende Mai 2008 in einer Entschließung für eine deutliche Verschärfung des Vorsorgeprinzips ausgesprochen - mit einer Fokussierung auf chemische Stoffe (Innenraumluftqualität) und mit der Entwicklung neuer Methoden und Risikobewertungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Bei der Novelle der EU-Abfallrahmenrichtlinie zeigen sich akzeptable Lösungen im Bereich energetische Verwertung, ebenfalls beim Thema Abgrenzung Abfall und Produkt. Im Rahmen einer EU-Industriepolitik haben die europäischen Staats- und Regierungschefs zwar ein Programm für einen Dreijahreszyklus zur Lissabon-Strategie verabschiedet. Darin sind aber auch Ziele zur Umsetzung des Energie- und Klimapaketes enthalten, die vor allem kostensteigernd sein werden. Der Rat vertritt bekanntlich die Interessen der einzelnen Mitgliedsstaaten. Der Verband hat in vielen Gesprächen u.a. mit Europaparlamentariern im Verbandshaus, mit zahlreichen Politikern am Rande des CSU-Parteitags im September in München sowie mit vielen Kontaktpersonen in Brüssel seine Vorstellungen zu europäischen Vorhaben eingebracht. Die Vertretung des Freistaates Bayern ist ein hilfreicher Partner.

Die Interessenvertretung der Branche gegenüber Politik, Verwaltung, fachlichen und überfachlichen Organisationen, Gewerkschaften und Öffentlichkeit kann nur funktionieren und effektiv sowie erfolgreich sein, wenn eine ständige Rückkoppelung mit den Vertretern der Firmen gelebt wird, die die Bewertung der jeweiligen Materien praxisorientiert sicherstellt und die mittels des eingebrachten Know-hows erst eine sachkundige Bündelung ermöglicht. Dabei ist der Verband darauf angewiesen, dass sich Repräsentanten aus den verschiedensten Sachbereichen und Hierarchien mit ihrem Wissen und ihrer Zeit einbringen - ansonsten wäre eine klar und nachhaltig dienstleistungsorientierte Betreuung gegenüber den Mitgliedsfirmen nach innen und eine chemiegeprägte Vertretung in der vbw sowie eine bayerisch ausgerichtete Zielverfolgung beim BAVC nicht zu realisieren. Deshalb können nur zahlreiche Sitzungen und Zusammenkünfte den gerade genannten internen Abstimmungsprozess sicherstellen. Dies aber ist nicht nur erreichbar durch den Vorstand und die Ausschüsse Tarifpolitik, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik als gewählte Gremien. Gewährleistet wird dies weiter durch den Arbeitskreis Berufsausbildung, durch die vom SPA initiierten Arbeitsgruppen Führungskräfte-nachwuchs im Personalwesen, Personalentwicklung und SAP, durch die Personalleitergespräche und durch Ad-hoc-Kreise für speziell anstehende Themen. Hervorgehoben werden muss immer wieder, dass der intensive und umfangreiche Erfahrungsaustausch die eine Seite einer Medaille ist - elementar ist dabei aber auch die andere Seite, nämlich die Art und Weise des „miteinander Umgehens“! Offenheit, Vertrauen und Zusammengehörigkeitsgefühl prägen die Treffen aller Gremien, Arbeitskreise und -gruppen. Gerade auch für die Arbeit des SPA ist dies von grundlegender Bedeutung. Nachdem der SPA unter Vorsitz von Walter Vogg das am häufigsten tagende Gremium ist, soll stellvertretend für alle Übrigen stichwortartig beleuchtet werden, mit welchen Themen man sich im SPA befasste. Tarif- und sozialpolitische Entwicklungen in anderen Branchen, Tarifabschlüsse und maßgebliche Komplexe wie die Zersplitterung der Gewerkschaftsstrukturen (z. B. Lokführer, Cockpit), die Gefährdung der Tarifautonomie (Mindestlohn) und die Zeitarbeit waren genauso im Focus der SPA-Sitzungen wie die Themen der Tarifrunde 2008. Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, des Bundesarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte wurden kritisch beleuchtet, analysiert und die Umsetzung in der Praxis erörtert. Externe Referenten haben zu den Themen „E-Learning für Chemieberufe (ELCH)“ und „Potenziale sichern im War for Talents - die weitgehend unbekannt Zielgruppe der Offiziere mit Studium“ vorgetragen. Der Bereich „Fort- und Weiterbildung“ umfasste insgesamt 17 Seminare und Informationsveranstaltungen zu arbeits- und sozialrechtlichen Themen. Neu im Programm waren die Seminare „Zwangsvollstreckung und Arbeitsrecht“ und „Arbeitnehmereinsatz im Ausland“. Das Angebot zur Schulung und Information haben mehr als 500 Mitarbeiter aus den Mitgliedsfirmen genutzt. Die arbeits-, sozial- und tarifrechtliche Beratung und Vertretung ist nach wie vor ein ganz maßgeblicher Schwerpunkt der Verbandstätigkeiten. Der erst vor kurzem eingerichtete Newsletter zu Intra- und Internet stellt eine ganz hohe Aktualität der Information sicher. Die Betreuung der Verbandshomepage - eine vielfach genutzte Visitenkarte der Bayerischen Chemieverbände - wurde weiter intensiviert und damit sicher noch attraktiver für die Nutzer.

Schon lange stellt sich die Chemie mit großen Erfolgen der Herausforderung Klimaschutz, einmal selbst durch weitere gravierende Verbesserungen in energieintensiven Prozessen, aber auch als Innovationsgeber dort, wo eindeutig ein wesentlich größeres Energiesparpotential besteht, z.B. bei der Wärmedämmung in Gebäuden, im Bereich Mobilität durch Gewichtsparung und Reibungsverminderung sowie durch Entwicklung und Einsatz modernster Katalysatoren, auch für die Erschließung regenerativer Energieträger.

Der Verband hatte bereits 1996 und 2000 Zwischenberichte zum Einsatz Nachwachsender Rohstoffe in der Chemie vorgelegt mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung. An diese Vorarbeiten erinnerte man sich im Umweltministerium im Zusammenhang mit der Klimaschutzthematik. In einer Projektgruppe begleiten derzeit Experten aus der chemischen Industrie eine vom Umweltministerium in Auftrag gegebene Studie zu den Möglichkeiten der Weißen Biotechnologie zur Substitution von fossilen Rohstoffen und Energieträgern.

Die Staatsregierung hatte in die bayerischen Umweltpakte u.a. die Zusage eingebracht, EU-Recht 1:1 umzusetzen und auf nationale Verschärfungen zu verzichten sowie kooperativen Umweltschutz zu betreiben, ferner Belastungen für die Industrie durch Überregulierungen und Bürokratie abzubauen.

Diesem Gedanken ist die Staatsregierung in vielen Bereichen, wenn auch oft nur in sehr kleinen Schritten, nachgekommen - häufig allerdings überlagert vom Trend zusätzlicher Vorgaben aus Brüssel und Berlin.

Leider gibt es auch sehr unterschiedliche Vorstellungen von Ministerien, Behörden und Wirtschaft, was unter Deregulierung und Eigenverantwortung eigentlich zu verstehen ist. So ist z.B. der Ersatz staatlicher Überwachungen durch private firmenfremde Gutachter keine Steigerung der Eigenverantwortung, wenn deren Arbeit dann doch wieder von Behörden überwacht und geprüft werden muss. Dies würde zusätzlichen finanziellen Aufwand für die Firmen in Bayern nach sich ziehen, ferner muss die hohe Fachkompetenz bei den Genehmigungsbehörden im Sinne rascher Genehmigungsverfahren erhalten bleiben. Deswegen haben sich die Chemieverbände gemeinsam mit der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft, den Industrie- und Handelskammern und weiteren Verbänden gegen die von den zuständigen Stellen im StMUGV betriebene Privatisierung der Regelüberwachung von nach dem Bundesmissionsschutzgesetz genehmigungspflichtigen Anlagen gewandt - leider zeichnet sich bisher kurzfristige keine Lösung ab.

In den Arbeitskreisen für Umweltfragen, Forschung, Energiepolitik und Öffentlichkeitsarbeit, ferner in mehreren speziellen Arbeitsgruppen wie im Expertenkreis für Anlagen- und Arbeitssicherheit sowie für Stoffpolitik (REACH) wurden die Vorstellungen der Mitgliedsfirmen gebündelt und abgestimmt.

Auch im Berichtsjahr konnten wieder junge Spitzenwissenschaftler und Studenten aus bayerischen Universitäten eine Woche lang in Lindau zur Nobelpreisträgertagung vom Verband eingeladen werden.

Im Rahmen eines Gemeinschaftsstandes bei der Wirtschaftsausstellung zum CSU-Parteitag im September in München gemeinsam mit Mitgliedsfirmen der Branche nutzte der Verband und der vom VCI betreute BPI-Landesverband wieder die Möglichkeiten zu Gesprächen mit den politischen Repräsentanten.

Die regelmäßige Aussprache mit Umweltschutzexperten aus der Chemischen Industrie Österreichs und Tschechiens wurden fortgesetzt. Die vom Verband maßgeblich unterstützte Clusterinitiative der Staatsregierung hat mehrere Veranstaltungen durchgeführt.

Als Herausforderung für die Wirtschaft wird die demographische Entwicklung schon seit einiger Zeit beschworen. Das große Angebot von Ausbildungsplatzbewerbern, von Höherqualifizierten und von Hochschulabsolventen nahm dem Problem aber lange Zeit die Aktualität. Der kräftige Anstieg der Konjunktur hat die Situation rasch verändert - nun mangelt es vielen Chemieunternehmen an qualifizierten Mitarbeitern. Es fehlen allerdings nicht nur die häufig benannten Ingenieure. Gute Kräfte mit verschiedensten Qualifikationsanforderungen zu finden, als Mitarbeiter zu gewinnen und ans Unternehmen zu binden ist eine hochaktuelle und schwierige Managementaufgabe geworden. An eine innovative, wissenschaftsbasierte Industrie wie die Chemie wachsen die Anforderungen von Kunden und Partnern, deren Bewältigung nur durch hochmotivierte und leistungsorientierte Mitarbeiter möglich sein wird. Die erforderlichen Anforderungsprofile erfüllen viele Bewerber leider schon heute nicht mehr. Die Anwerbung aus anderen Bundesländern ist längst Übung geworden.

Doch mancher Verantwortliche stellt sich die Frage, ob das im Hinblick auf die soziale Komponente die richtige Weichenstellung für den zukünftigen Erfolg sein kann. Will man dauerhafte Strukturen für ein gesundes Wachstum schaffen, muss man den Nachwuchs für die Chemie gewinnen und begeistern, eine gute Ausbildung bieten, für permanente Weiterbildungsmöglichkeiten sorgen und die Attraktivität der Arbeitsplätze in der Chemie verdeutlichen. Dann wird das Werben um die Besten erfolgreich sein.

Schon lange, bevor sich Politik und Öffentlichkeit mit Bildung, Weiterbildung und Demographie auf breiter Front befassten, hat sich die Chemie intensiv dem Dialog mit Schulen und Universitäten gewidmet. Die Veranstaltungen der Bayerischen Chemieverbände für Lehrkräfte, Schüler und Studierende stoßen nach wie vor auf starke Resonanz. Die jährlich zehnmal mit insgesamt ca. 700 Teilnehmern durchgeführten „Schülertage Chemie an bayerischen Universitäten“ haben sich zu einer eigenen Marke entwickelt. Zusammen mit der Lehrerkademie in Dillingen wurde im Berichtsjahr die Herausgabe zweier Unterrichtspublikationen maßgeblich gefördert. Auch Projekte des Kultusministeriums - etwa der Wettbewerb „Experimente antworten“ für jüngere Schüler - bauen auf die Unterstützung durch die Chemie. Freude bereitet das Engagement rund um die internationale Chemieolympiade - im letzten Jahr wurde wieder ein bayerischer Schüler mit einer Goldmedaille ausgezeichnet, die Teilnehmerzahl beim Landesentscheid in diesem Jahr verdoppelte sich von knapp 40 auf 80 Schülerinnen und Schüler.

Weiterbildung ist eine zwingend notwendige Voraussetzung für den erfolgreichen Verlauf der einzelnen Mitarbeiter-Erwerbsbiographie und für den Unternehmenserfolg. Die angebotenen Themen und Methoden werden natürlich einer laufenden Aktualisierung unterzogen. So erfreuen sich z.B. die bewährten Meistertreffen eines unverminderten Zuspruches, auch außerhalb Bayerns.

Mit dem Sozialpartner IG BCE werden in gemeinsamen Veranstaltungen aktuelle Themenblöcke abgearbeitet, wie z.B. „Arbeitsmarkt von morgen“, „Beruf und Familie - Chancengerechtigkeit“ und in Kürze all die Themen, die im Zusammenhang mit dem vor kurzem abgeschlossenen und völlig neuen Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demographie“ behandelt und in den Firmen umgesetzt werden müssen. Die stetig durch Weiterbildung geförderte Beschäftigungsfähigkeit des Einzelnen und die ständig am Umfeld angepasste Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bedingen sich gegenseitig. Deswegen ist gelebte Bildungspartnerschaft das richtige Modell für die Zukunft.

**Ehrenmitglieder** (VBCI und VCI-LV)

Dr. Hans Seidl, Grünwald  
Prof. Dr. Wilhelm Simson, München  
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

**Vorstand** (VBCI und VCI-LV)  
Dr. Rudolf Staudigl, München (Vorsitzender)

Dr. Günter von Au, München  
Dr. Aldo Belloni, München  
Dr. Arno Deger, Penzberg  
Ass. Albert Franz, Obernburg  
Peter Kurz, Fürth  
Dr. Peter Umfug, München

**Tarifpolitischer Ausschuss** (VBCI)  
Ass. Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Dr. Josef Ertl, Ismaning  
Stefan Greger, Trostberg  
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen  
Heinz Löhr, Vohburg  
Anton Schilcher, Nürnberg  
Dr. Hermann Teufel, Gersthofen  
Dr. Alois Virag, Burghausen  
Dipl.-Kfm. Heino Ziegler, München (bis März 2008)

**Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss** (VBCI)  
Ass. Walter Vogt, München (Vorsitzender)

Dipl.-Bw. Paul Altmann, Schwandorf  
Anke Baumecker, Trostberg  
Harald Bräuning, Velden  
Robert Brüstl, Gersthofen  
Dr. Heinrich Dageförde, Langweid  
Volker Folwill, Neustadt-Schwaig  
Dr. Guy Gansfort, Ismaning  
Lothar Heißenberg, Haar  
Klaus Holz, Bobingen  
Heinz Jahreiß, Bad Berneck  
Karola Japke, Bobingen  
Heribert Kahler, Nürnberg  
Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl  
Dipl.-Oec. Peter Knoll, Fürth  
Ludger Markmann, Neu-Ulm  
Matthias Matz, Vohburg  
Volker Mletzke, München  
Dipl.-Oec. Wolf Ottmann, Pullach  
Reinhard Pfiffner, Gersthofen  
Hansjörg Pohl, Unterschleißheim  
Dr. Bert Raeymaekers, Burgkirchen  
Dipl.-Päd. Josef Reil, Burgkirchen  
Dr. Harald Schloßmacher, München  
Hans-Jörg Schneider, Burgkirchen  
Peter Schröder, Poing  
Mathias Siebe, Hallstadt  
Barbara Strasser, Obernburg  
Dipl.-Ing. Hermann Wick, Töging (bis März 2008)  
Ass. Gerd Winnefeld, Burghausen  
Engelbert Zehentmaier, Burghausen  
Dipl.-Kfm. Heino Ziegler, München (bis März 2008)

**Wirtschaftspolitischer Ausschuss** (VBCI)

Dipl.-Ing. Rolf J. Dürschmidt, Regensburg  
Dr. Josef Ertl, Ismaning  
Dipl.-Kfm. Alfred Höf, München  
Dr. Bernhard Hofmann, Trostberg/  
Ludwigshafen  
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen  
Anton Schilcher, Nürnberg  
Dr. Wolfgang Schnell, München  
Dipl.-Kfm. Arne Schulle, Unterschleißheim  
Reinhard W. Siegle, Neu-Ulm  
Dr. Hermann Teufel, Gersthofen  
Dr. Alois Virag, Burghausen  
Ralph Uwe Westhoff, Waldkraiburg  
Dipl.-Kfm. Gerhard Witzany, Schwandorf  
Dipl.-Kfm. Heino Ziegler, München (bis März 2008)

**Beirat** (VCI-LV)

Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach  
Dr. Peter Heinrich, Martinsried  
Dipl.-Chem. Manfred Hoffmann, Neuburg  
Dr. Hermann-Josef Korte, Trostberg  
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen  
Dr. Gerhard Lobmaier, Illertissen  
Dr. Thomas Schnell, München  
Dr. Hermann Teufel, Gersthofen  
Dr. Alois Virag, Burghausen  
Dr. Hans-Jürgen Wernicke, München

**Ältestenrat** (VBCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)

Dr. Hans Baur, München  
Dr. Friedhelm Finke, Icking  
Dr. Helmut Gruber, Burghausen  
Dr. Hans Georg Haas, Harthaus  
Dr. Fritz Hartl, Gräfelfing  
Dr. Carl Ernst Hofstadt, Pullach  
Dr. Werner Kalb, München  
Dr. Jürgen F. Kammer, München  
Dr. Emil Kinzinger, Neusäß  
Senator h.c. Günther Klinge, Grünwald  
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg  
Dr. Alfred Pfeiffer, Trostberg  
Dipl.-Kfm. Rudolf Ribka, Walberberg  
Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld  
Dipl.-Kfm. Rudolf Schleicher, Icking  
Dr. Hans Seidl, Grünwald  
Dr. Albert Thalhofer, Neusäß  
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

**Arbeitskreis / Vorsitz**

**Berufsausbildung** (VBCI) Dr. Michael Wieser, Burghausen  
**Umweltfragen** (VCI-LV) Dr. Willi Kleine, Burghausen  
**Energiepolitik** (VCI-LV) Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen  
**Öffentlichkeitsarbeit** (VCI-LV) Dr. Arno Deger, Penzberg  
**Forschung** (VCI-LV) Dr. Hans-Jürgen Wernicke, München

**Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V.**, Landesverband Bayern  
Vorsitz: Dr. Hans Dieter Braun, Stulln

**Verband der Lackindustrie e.V.**, Bezirksgruppe Bayern  
Vorsitz: Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach

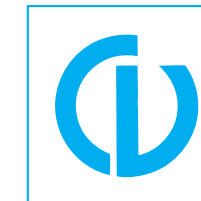
**Geschäftsführung** (VBCI und VCI-LV)

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Umfug

Geschäftsführer (VBCI):  
Ass. Stefan Mößner  
Franz Xaver Völkl

Referenten (VBCI):  
Ass. Peter Fürnthaler  
Tobias Gotthardt  
Ass. Christiane Hönig-Achhammer  
Ass. Holger Kaiser  
Robert Schuder

Geschäftsführer (VCI-LV):  
Dr. Josef L. Geller



**JAHRESBERICHT 2007/2008**

**Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e. V. VBCI**

**Verband der Chemischen Industrie e. V. Landesverband Bayern**

Innstraße 15, 81679 München  
Telefon 089/92 69 10, Telefax 089/9 26 91 33  
vbci@vbci.de, vci@lv-bayern.vci.de  
www.die-bayerische-chemie.de